Nein zur Privatisierung der öffentlichen Schule – Nein zum Gesetzesprojekt 7662!

Mitten in der Covidkrise plant Minister Meisch still und heimlich einen weiteren großen Schritt hin zur Privatisierung der öffentlichen Schule. Ohne die Gewerkschaften zu konsultieren reichte der Minister im September ein Gesetzesprojekt ein, was es künftig erlauben soll, Direktionsposten mit Personen aus dem Privatsektor zu besetzen, die weder pädagogisch ausgebildet wurden noch die drei administrativen Sprachen beherrschen müssen. Die Rechtfertigung des Ministers für dieses Vorgehen, er finde nicht genügend Interessenten unter den verbeamteten Lehrern, erweist sich dabei als unbegründet.

Hohe Beamtenposten können demnach zukünftig nach dem Prinzip der Vetternwirtschaft nach rein subjektiven Kriterien besetzt werden, ohne dass die bisher gesetzlich festgelegten Kriterien eingehalten werden müssen. Die zukünftigen Direktoren aus dem Privatsektor sollen zudem angehende Lehrer während des Referendariats bewerten und über die Versetzung von Schülern während der *conseils de classe* mitentscheiden - all dies, ohne über jegliche pädagogischen Vorkenntnisse zu verfügen. Dies stellt unweigerlich eine weitere Abwertung des Lehrerberufs und der öffentlichen Schule dar.

Dieser Angriff auf die öffentliche Schule ist ein Schlag ins Gesicht der Lehrkräfte Luxemburgs und ihrer Gewerkschaften! Während diese gerade all ihre Kräfte darauf konzentrieren, den öffentlichen Schulbetrieb vor dem Kollaps zu bewahren, hat der Minister offensichtlich nichts Besseres zu tun, als alle zu hintergehen, die sich für eine starke öffentliche Schule einsetzen.

Die unterzeichnenden Gewerkschaften fordern alle Parteien dazu auf, an diesem Mittwoch GEGEN das Gesetzesprojekt 7662 zu stimmen und sich somit FÜR den Erhalt einer starken öffentlichen Schule einzusetzen. **Um ihre Forderungen zu unterstreichen, rufen die unterzeichnenden Gewerkschaften zu einer Protestkundgebung am Mittwoch, den 18. November, um 13:30 vor dem Cercle municipal in Luxemburg-Stadt auf.**

Mitgeteilt von ACEN, ALPIA, APESS, SEW/OGBL und UNEL am 16. November 2020